

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugpreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark  
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung  
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adolphstraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverzeichnisse

## Jetzt muß gepfiffen werden!

Die Aufmerksamkeit der Welt ist jetzt nach London, auf die dort tagende Konferenz der westlichen Regierungen gerichtet, die die Lösung des Reparationsstreites nach dem Dawes-Plan versucht. Unzählige Millionen Menschen wünschen, daß der Versuch gelinge. Währenddessen schießt die deutsche und die französische Reaktion giftige Pfeile nach der Konferenz, wodurch der Verständigungsversuch und die ihn stützenden Ministerien Herriot und Macdonald getroffen werden sollen. Daß in diesem Spiel die deutsche Nationalunion die übelste Rolle spielt, sei nur nebenher erwähnt. Doch glauben wir, daß sich das Gezielt diesmal umsonst bemüht. Die große Mehrheit der Bourgeoisie der beteiligten Staaten verlangt jetzt die Regelung der Streitfrage, gewiß nicht aus freundschaftlichen, wohl aber aus geschäftlichen Gründen. Der fünfjährige Zustand der Herrschaft Europas, der fortwährenden Erschütterung, der Ungewißheit ist für das Bürgertum, das Waren erzeugen, die austauschen, Geschäfte machen will, sehr nachteilig gewesen. Die französische Bourgeoisie in besonderer hat nun endlich herausgefunden, daß mit der Pfänderpolitik Deutschland wohl schwer geschädigt, aber die gewünschte Beute nicht in die französische Schenker zu bringen ist. Und die deutsche Bourgeoisie wünscht die Lösung der Reparationsfrage auf Grund des Dawes-Plans, weil sie dadurch die bitter notwendigen Auslandskredite zu bekommen hofft.

In Deutschland beschränkt sich die Gegnerschaft des Sachverständigenrats auf die Nationalisten und die Kommunisten. Wie immer man zu den beiden Richtungen sehen mag, der unberechtigten Prüfung ihrer Gründe darf sich besonders der deutsche Arbeiter nicht erziehen. Die ersten erklären, das Gutachten bringe die Verschlebung des deutschen Volkes durch die Sieger, die andern behaupten, der Plan beende die Auslieferung des deutschen Proletariats an die westliche Bourgeoisie. Welchem Antriebe immer diese Behauptungen entspringen mögen, eines Kerns von Wahrheit enthalten sie nicht. Denn die 2500 Millionen Goldmark, die Deutschland nach dem Gutachten auf eine noch unbestimmte Reihe von Jahren an die Sieger zahlen soll, stellen ohne Zweifel eine ganz ungeheure Last, eine Fesselung, eine Verschlebung dar. Und da diese Milliarden zu sieben Achtel aus dem Verbrauch und Verzehr, das ist von der arbeitenden Masse zu decken sind, so wird die unausweichliche Folge eine Verschlechterung des Reallohnes und eine schärfere Ausbeutung der Arbeiterklasse sein. Soweit ganz richtig. Die Frage ist nun aber, wie die Gegner des Gutachtens, die Nationalisten und Kommunisten, die Sieger zufriedenzustellen wollen. Denn daß diese nicht auf das Recht, das sie von dem Versailler Schein herleiten, verzichten werden, bedarf keines Beweises.

In der Hauptsache: Wie die rücksichtslos fordernden Sieger befriedigen? haben weder die Nationalisten noch die Kommunisten eine Antwort, die vor der Herrschaft die Probe bestehen kann. Die Sieger durch Wassergewalt zum Verzicht nötigen? Dies ist dem entmachteten Deutschland nicht gegeben. Und selbst, wenn es möglich wäre, müßte sich der Arbeiter dagegen wenden, weil es neuen Krieg bedeutete, weil das Heiß, anstelle der Lohnnechtschaft die Kriegsknechtschaft zu setzen. Und daß diese gegen jene ein Mehrfaches an Drangsal, Schinderei, Unterdrückung und Blutopfer darstellt, braucht dem Arbeitergeschlecht, das die furchtbare Plutokratie erlebt hat, nicht auseinandergelegt zu werden. Die Reparationsleistung einfach verweigern und kommen lassen, was mag? Dies ist ja seit dem Sturz der Regierung Wirth gemacht worden. Die Ruhrbesetzung war die Folge und die Inflation. Die furchtbare Wirkung der Richterfällung wird bezeugt von dem emeigneten Mittelstand, von den ihrer Rotzungen beraubten Witwen, Waisen und Rentnern, von den Tausenden von Arbeitern und Beamten, die ihre Heimstätte, ihre Freiheit, ja selbst das Leben eingebüßt haben. Die Richterfällung ist politisch wie wirtschaftlich viel teurer gekommen, als die Erfüllung. Als aufgehört wurde, die äußeren Feinde zu befriedigen, mußte begonnen werden, den inneren Feind, den großkapitalistischen Klüngel, zu befriedigen. Das bedeutete für das deutsche Volk einen Wechsel vom Regen in die Traufe. Die Verschlimmerung wird sich weitergehen, wenn der Dawes-Plan abgelehnt werden sollte. Denn dann würden die Rücküberträge oder ein ähnliches Ersatzverfahren bleiben mit der Bergewältigung von deutschem Volk und Boden durch eine fremde Soldateska.

Diesem Zustand gegenüber bieten die Vorschläge der Sachverständigen, so ungeheuer drückend sie auch sein mögen, doch immerhin den Vorteil, daß die Reparationsleistung aus einer Sache fremder Willkür zu einer Sache der Befehlsmacht wird. Dann zeigen die Vorschläge einen Weg zur Beruhigung der Geister, zu einer Annäherung der Völker und gestatten die Aussicht auf eine endgültige erträglichere Regelung der Streitfrage. Vor allem aber verhelfen die Annahme der Vorschläge die Möglichkeit, den Nationalisten zu beiden Seiten des Wasgenwalbes ihr wirksamstes Mittel der Völkerberaubung zu nehmen.

Um es zu wiederholen: das Sachverständigengutachten bringt für das deutsche Volk im allgemeinen und für die deutsche Arbeiterklasse ungleichbar eine niederdrückende Last. Raß dessen ungeachtet der Arbeiter die Annahme des Gutachtens wünschen und fördern? Der bisherige Zustand ermöglicht der Kapitalistenklasse, sich gewaltig zu bereichern und ihre wirtschaftliche und politische Machtstellung beträchtlich zu verstärken. Kann hierin die Annahme des Gutachtens etwas wenden, zugunsten der Arbeiterklasse, der Mehrheit des Volkes,

der treuesten Stütze der Republik und des Vaterlandes? Das ist die Frage. Von diesem Gesichtswinkel aus hat der Arbeiter wie seine wirtschaftliche und politische Vertretung das Gutachten zu prüfen. Bei ruhigem Überlegen wird man, so meinen wir, zu der Ansicht kommen, daß das Gutachten trotz der ungeheuren Belastung für die Arbeiterklasse gegenüber dem bisherigen Zustand eine Besserung bedeutet.

Dessen ist sich das Unternehmertum offensichtlich längst bewußt. Von diesem Bewußtsein wird seit Monaten sein Denken und Streben bestimmt. Um die Nachteile, die das Gutachten birgt, zu verhüten, sie abzuwälzen, beschwört und bedroht es die Gewerkschaften, schüchtert es die Regierung ein, verbietet es Hinterlistigkeiten auf parlamentarischen Boden, läßt es seine papierernen Schreimaschinen ausnahmsweise laut heulen und Lügen predigen, kürzt es die Löhne und verlängert die Arbeitszeit. So das edle Geschlecht der industriellen Patrioten. Die landwirtschaftlichen Schwerverdiener fordern ebendies noch Schuß als Entgelt für ihre Zustimmung zu dem Gutachten. Ohne reichliche Entschädigung tun sie alle nichts fürs Vaterland, diese Patrioten. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die Industriellen wie die Großgrundbesitzer, also die glücklichen Nutznießer des Krieges und der Inflation, sich eifrig bestreben, aus der kommenden Art der Reparationsleistung ein möglichst einbringliches Geschäft zu machen. So wie sie aus der Not des Krieges goldene Münze schlugen, die Ruhrbesetzung und deren Folgen, die Inflation zum Füllen ihrer Schenker ausnutzten, so hoffen und streben sie jetzt, daß ihnen die Regelung der Reparationsleistung zu einer prächtigen Ernte werde. Diesem Ziele dienen ihre politischen Winkelzüge und wirtschaftlichen Maßnahmen. Ihre Anstrengungen werden erst die nächsten Wochen den Höhepunkt erreichen, wenn der Reichstag die Verteilung der Lasten geschlecht bestimmt, die aus der Annahme des Sachverständigengutachtens erwachsen.

Die Arbeiterschaft hat allen Grund, dem Reichstagshinlegen, die über die Lastenverteilung entscheiden, mit voller Aufmerksamkeit entgegenzusehen. Daß sie das tut, dafür sprechen viele Zeichen. Ihre Erwartungen sind nicht frei von Mangels. Wenigstens bezeugen dies die Stimmen, die aus sozialistischen Gewerkschaftskreisen zu uns dringen. Man kann wohl verstehen, daß sie erwarten, daß die sozialdemokratische Fraktion mit aller Rücksichtlosigkeit strebe, daß im Reichstag der Plan der heufertigen Sippe vereitelt werde; wenn sie sagen; daß unter keinen Umständen mehr die Rede sein könne, das arbeitende Volk einmal mehr an Leib und Leben für die Sünden der kapitalistischen Oberschicht zu strafen; wenn sie verlangen, daß die sozialdemokratische Reichstagsvertretung nicht wieder wie bei der Lohnmiete und einigen anderen Gelegenheiten der Belastung der Arbeiterklasse zustimmt, ohne eine der belagerten Klasse entsprechende Belastung auf dem Gescheppapier zu haben.

Die in sozialistischen Gewerkschaftskreisen vorherrschende Stimmung bezeugt, daß die Ermütigung, die man von dem jüngsten Parteitag föhlich erwarten durfte, noch nicht in alle Schächte der sozialdemokratischen Welt gedrungen ist. Und so gern man zugibt, daß der Weg der sozialdemokratischen Fraktion mit unerhörten Hindernissen belegt war, so entschieden behauptet man, daß manches unterlassen wurde, was hätte getan werden können. Man fragt, wie es mit dem Bolschewismus in Sachen der Bodenreform stünde, daß damals angeklagt wurde, als die Parteigenossen aufgefordert wurden, das Behagen der Bodenreformer nicht zu unterstützen. Man behauptet, die Fraktion hätte früher günstige Gelegenheit genug gehabt, den Achtstundentag gesetzlich festzusetzen. Man hält es einfach unverständlich, wie der Kongreß der Partei, deren Lösung immer war: Dem Militarismus keinen Raum und keinen Großen! beschließen kann, dem Reichswetretat zugestimmt. Mit diesen paar Beispielen sei die lange Reihe der Klagen, die wir hören müssen, geschlossen.

Es will uns bedünken, daß manche der Klagen einem Mangel an Aufklärung entspringen. Dem sollte durch eine feste und volligere Aufhellung des Tuns und Unterlassens der Fraktion abgeholfen werden. Freilich, die wirksamste Aufklärung ist die Tat, die entschlossene Tat. Hierin sollten sich die leitenden Stellen der Sozialdemokratie die Reaktionen zum Beispiel nehmen. Die reaktionären Fraktionen tun nichts für die Regierung, ohne von ihr bestimmte Bürgerchaften zu besitzen. So immer die Reichsparteien aus Ruder kommen, werfen sie republikanisch gestimmte Beamte, Gefandte, Bürgermeister kurzerhand auf die Straße. Der sozialdemokratische Justizminister Kadbruch meinte einst, als er von der Selbsterwerdung seiner Reformvorschlüge sprach, die Wahlen der Justiz wählten sehr langsam, sein Nachfolger Guminger hat aber deutlich gezeigt, daß sie sehr rasch mahlen können. Die reaktionären geben den Republikanern und Sozialisten einen nützlichen Anhaltspunkt unterrichtet im Handeln, der ihnen bislang gefehlt hat oder, was vielleicht richtiger ist, nicht praktiziert wurde. Etwas mehr von der unbekanntesten Rücksichtslosigkeit könnte der sozialdemokratischen Fraktion weiß Gott nicht schaden. Was den Schwerverdienern recht ist, kann doch wahrhaftig für die Partei der Arbeiterklasse nicht unbillig sein. Die reaktionären Parteien haben nie viel aus bloße Randspitzen gegeben, sie haben gepfiffen, und das sehr deutlich. Daß es die sozialdemokratische Fraktion ebenso hält, wird sie, wie wir annehmen, nächstens durch ihr Vorgehen bei der geschlechtlichen Regelung der Reparationslasten beweisen. Sie wird den Hweichlern und Schwarzhörern zeigen, daß auch sie sich bewußt ist, daß jetzt gepfiffen werden muß. F. K.

## Die Liebesgabe an den Grundbesitz

Die deutsche Regierung hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Einführung von landwirtschaftlichen Schutzsteuern unterbreitet. Auf dem Verordnungsweg konnte die Regierung auch früher schon eine Anzahl landwirtschaftlicher Produkte mit Schutzsteuern belegen. Das neue Gesetz soll die Zollfreiheit für Getreide, für Kartoffeln sowie für Vieh und Fleisch aufheben. Die Zollsätze können so hoch sein wie noch nie zuvor, indem die Zollsätze des autonomen Zolltarifs von 1902 zur Grundlage dienen sollen, die durch die früheren Handelsverträge in Wirklichkeit niemals erhoben wurden. Die Regierung soll zwar nach dem Entwurf diese ungeheuerlichen Sätze ermäßigen können, muß es aber nicht tun. Damit auch die Industrie nicht leer ausgeht, soll die Regierung dem Entwurf zufolge ermächtigt werden, Industriezölle nach Belieben einzuführen bzw. die bestehenden zu erhöhen. Der politische Charakter dieses Gesetzentwurfs ist offensichtlich. Die Regierung will der nationalen Partei, welche landwirtschaftliche Schutzsteuern fordert, einen Dienst erweisen. Sie hat den Zeitpunkt richtig gewählt. Die in der Tat bestehende landwirtschaftliche Krise ist wohl geeignet, die Spitze zu verwirren. Niemand bestreitet, daß der Landwirtschaft geholfen werden muß, und in dieser Stimmung ist es verhältnismäßig leicht, der in diesen Dingen nicht bewanderten öffentlichen Meinung einzureden, daß der Schutz Zoll ein gutes Mittel für die Behebung der landwirtschaftlichen Krise darstellt.

Die Krise der deutschen Landwirtschaft ist eine reine Preis- und Kriese, keineswegs aber eine Krise der landwirtschaftlichen Produktion. Die deutsche Landwirtschaft konnte sich seit dem Krieg verhältnismäßig erholen. Im Jahre 1922 war die Anbaufläche bereits nur um 3,4 v. H. geringer als vor dem Krieg. Ganz was der Getreidebau etwas zurück, so hat sich der Anbau von Handelsgewächsen usw. wesentlich gesteigert. Der Kahlverbruch der Landwirtschaft hat sich seit dem Krieg vermindert, dagegen konnte der auf Grund der Haberischen Erfindung aus der Luft hergestellte Stickstoff der Landwirtschaft ein billiges Düngemittel zuleiten. In Bezug auf die Viehzucht bestand im Jahre 1922 noch eine Unterproduktion für Rindvieh um 12 v. H., für Schweine um 35 v. H. gegenüber der Vorkriegszeit. Nach einer jüngst erschienenen Veröffentlichung des amerikanischen Instituts für Volkswirtschaft dürfte dies aber in den letzten zwei Jahren ausgeglichen worden sein. Während der Zeit der Weltwirtschaftskrise hat Deutschland Fleisch und Fett in gewaltigen, früher noch nie erreichten Mengen eingeführt. Der Grund dafür war, daß die Landwirtschaft infolge der Selbstwertung der Markt mit Vieh und Schweinen nicht Schritt zu machen konnte, dagegen konnten sie in diesen Jahren ihren Vieh- und Schweinebestand sehr erheblich in die Höhe bringen.

Die gegenwärtige Krise in der Landwirtschaft ist eine dreifache. Erstens: Die Landwirte haben dank der Geldknappheit keine genügend vielen Betriebsmittel, ein Uebelstand, den sie mit der Industrie teilen und der eine Folge der Stabilisierung der Währung ist. Zweitens: Es besteht ein Mißverhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und der Industrieprodukte, demzufolge der Landwirt für Produktionsmittel und Verbrauchsmittel größere Mengen seiner Produkte hergeben muß als früher. Dieses Mißverhältnis ist gegenwärtig eine Welterscheinung und hat vornehmlich in dem Umfang seine Begründung, daß seit dem Krieg die industrielle Produktion der Welt in einem größeren Maß zurückgegangen ist als die landwirtschaftliche. Trotz der Überkapitalisierung der Industrie in vielen Ländern steht die industrielle Erzeugung der Welt immer noch unter dem Vorkriegsstand. Dagegen hat die landwirtschaftliche Produktion der Welt, trotz der Aufstacheln des Anbaus vom Weltmarkt und der osteuropäischen Agrarreformen, den Vorkriegsstand bereits überstiegen. Die wachsende überflüssige Produktion ist für den Zuwachs verantwortlich. Entschieden ist die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung für landwirtschaftliche Produkte so gering, daß sie nicht einmal die Weltmarktpreise zu bezahlen vermag, weshalb die deutschen Landwirte, um überhaupt einen Umsatz zu erzielen, unter den Weltmarktpreisen verkaufen müssen.

Dieser Umstand, daß nämlich die deutschen Agrarpreise gegenwärtig unter dem Weltmarktpreis stehen, zeigt, daß die Einführung von Schutzsteuern im gegenwärtigen Augenblick ein Unsin ist. Kann der Verbraucher nicht einmal die Weltmarktpreise bezahlen, wie soll er die um den hohen Zollsatz verteuerten Preise erzwängen? Die Regierung und die deutschnationalen wissen es ebenso gut wie andere. Wenn sie dennoch jetzt schon auf der Einführung dieser unzulässigen Schutzsteuern bestehen, so kann dies nur aus der Berechnung herborgehen, daß heute der Widerstand gegen die Schutzsteuern vielleicht ein geringer sein wird. Wird sich später die Lage verändern, so können die Landwirte den Gewinn aus den Schutzsteuern in die Tasche stecken. Die Erfahrung lehrt, daß die einmal errichteten Schutzsteuern ein langes Leben haben.

Das Mißverhältnis zwischen den Preisen der industriellen und landwirtschaftlichen Produkte, das, wie oben ausgeführt wurde, eine Welterscheinung ist, kann aber in absehbarer Zeit gut verschwinden. Die Leistungsfähigkeit der Industrie ist dank der erfolgten Erweiterung der industriellen Anlagen in sämtlichen Ländern gestiegen, und deshalb ist die Steigerung der industriellen Erzeugung der Welt durchaus möglich, sobald die Kaufkraft der Völker erhöht werden wird. Dies würde — vorausgesetzt, daß dem Monopolkapital Gegenstände entgegengekehrt werden können — die Verbilligung der industriellen Erzeugnisse in die Wege leiten. Auf der anderen Seite sind aber überall Zeichen dafür vorhanden, daß die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte — auch abgesehen von der gegenwärtigen Verringerung des Weltmarktes — auch auf die Dauer erhöht werden können. Außerdem, daß bereits in diesem Jahr eine erhebliche Einschränkung der Anbauflächen vorgenommen wurde, wird mit Hilfe großzügiger neuer Einrichtungen, wie: gemeinsame Verwertung landwirtschaftlicher Produkte durch Großgenossenschaften (Kanada), Neuordnung und Erleichterung des landwirtschaftlichen Credits (Bereinigte Staaten) usw. die Erhöhung der Getreidepreise mit Erfolg angeht. Auch zeigte sich, daß die russische Produktion noch für sehr lange Zeit für den Weltmarkt kaum in Frage kommt, ebensowenig wie die Balkanländer, wo die Aufstellung des Bodens für längere Zeit mit dem Rückgang des Bodenertrages verbunden ist. Angesichts des zu erwartenden zukünftigen Konjunkturbildes ist deshalb die Einführung von Schutzsteuern nicht notwendig.

Der Schutz Zoll stellt eine arbeitlosse Rente dar, die den Landwirt auf das Fauchbett legt und ihm den Anreiz zu ergiebiger Arbeit, zum Übergang zu besseren Arbeitsweisen und dem Anbau lohnender Gewächse nimmt. Es wäre sehr leicht, diese Behauptung mit Beispielen zu belegen. Der Regierungsentwurf vertritt die Verbraucher damit, daß der Schutz Zoll vielleicht nicht im ganzen Umfang vom deutschen Verbraucher getragen werden muß, sondern zu einem Teil vom ausländischen Verbraucher. Nun besteht die Wirkung des Schutz Zolls aus zwei Teilen: Einmal muß der Zoll nach jeder

# Wirtschaftsstand und Gewerkschaftserfolg

Menge eingeführter Produkte an der Grenze entrichtet werden. Infolgedessen ist eine Verbrauchssteuer zu zahlen. Da Deutschland unter allen Umständen auf Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte angewiesen sein wird, kann ihm die Entrichtung dieser Verbrauchssteuer nicht erspart werden; das Einfuhrgetreide usw. wird jedenfalls um den Betrag dieser Steuer teurer werden, als ohne den Schutz. Die gleiche Wirkung des Schutzes ist, daß er die Preise der landwirtschaftlichen Produkte erhöht. Nur bei diesem Teil kann davon die Rede sein, daß die Erhöhung nicht um den ganzen Betrag des Schutzgeldes stattfindet, was aber ganz unrichtig ist. Jedenfalls wird aber auf Kosten der Erzeuger eine neue Verbrauchssteuer der ungünstigsten Art, eine Verbrauchssteuer ins Leben gerufen.

Somit enthält sich das wirkliche Gesicht der Agrarschutzpöle. Die Reparationslasten sollen auf Kosten der Arbeiterschaft, insbesondere durch Arbeitszeitverlängerung getragen werden. Die Arbeiterschaft soll auch der Landwirtschaft einen vollkommen ungerechtfertigten Tribut leisten. Arbeitszeitverlängerung und landwirtschaftliche Schutzpöle sind aus demselben Mutterkorn geboren.

## Die Arbeitslosigkeit im 1. Halbjahr 1924

In allen Industrielandern, mit Ausnahme von Amerika, setzte im Jahre 1924 eine Erholung des Wirtschaftslebens ein. In Deutschland sank die Zahl der arbeitslosen Mitglieder der Fachverbände vom Dezember 1923 bis Ende Mai 1924 von 23,2 v. H. auf 8,6 v. H. Im Dezember 1923 war im DRS die Zahl der arbeitslosen Mitglieder um 2 v. H. niedriger als bei den anderen Fachverbänden. Auch Ende Januar war die Lage der Metallarbeiter noch um 2 v. H. günstiger. Von Februar an wendete sich das Bild. Bei den übrigen Fachverbänden sank die Zahl der arbeitslosen Mitglieder im Februar weiter. Beim DRS trat eine Erhöhung der Arbeitslosen um mehr als 3 v. H. ein. Die Arbeitslosenzahl blieb im März und April um 4 v. H., im Mai um fast 8 v. H. höher als bei den anderen deutschen Fachverbänden. Das ist ein Zeichen, daß besonders die Metallindustrie von der einflussenden Kredit- und Absatzkrise betroffen wurde. Im Juni aber stieg die Arbeitslosigkeit wieder, und zwar um 2,3 v. H.

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft vollzog sich in steten Schwankungen des Geschäftsganges. Unter und schlechter Geschäftsgang, Aufschwung und Stodung lösten einander ab. Bestimmte Regelmäßigkeit lag in diesen Bewegungen. Ein Rückblick auf die letzten 26 Jahre zeigt uns dieses Wechselspiel. In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war wirtschaftlicher Aufschwung, der deutsche Handel bahnte sich den Weg zum Weltmarkt. Plötzlich die Stodung. Es folgten Jahre des Niederganges, der 1891 seinen Tiefstand erreichte. Nach jahrelangem Daniederliegen begann 1895 wieder eine Besserung, die zu einer wirtschaftlichen Blütezeit von einem halben Jahrzehnt führte. Ihr folgte 1901 und 1902 der schwere wirtschaftliche Zusammenbruch, der sich politisch in den geschichtlichen Auseinandersetzungen des Reichstags um den Zolltarif wieder spiegelt. Nach diesem Zusammenbruch begann 1903 abermals das Wechselspiel: Langsamer Aufschwung, dann von 1904 bis 1906 glänzender Geschäftsgang, hierauf neue Stodungen im Jahre 1907, wiederum Niedergang und Krise von 1908 bis 1909. Die Wellenlinie des Geschäftsganges nahm im Jahre 1910 erneut aufsteigende Richtung. Sie führte zu den kapitalistischen Erntejahren von 1913 und 1914, wo die deutsche Handelsbilanz zum ersten Male aktiv ward.

Die hier skizziert gezeichneten Schwankungen der deutschen Wirtschaft waren und sind, begreiflicherweise, von nachhaltigem Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Werden doch durch diese Schwankungen die unangelegenen Wirtschaftskämpfe zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum um den Anteil am Ertrage der Arbeit sehr erheblich bestimmt. In Zeiten des Aufschwunges und guten Geschäftsganges, wenn Arbeit und Handel in Blüte stehen, haben die Gewerkschaften günstige Kampfbedingungen, in Zeiten des Niederganges aber hat sie das Unternehmertum. In guten Geschäftsjahren braucht die Industrie alle vorhandenen Arbeitskräfte. Sie hat in der Zeit des Niederganges ihre technischen Einrichtungen ausgebessert und erneuert. Der Wettbewerb soll von neuem beginnen, wohlfeile Ware in Masse erzeugt werden. Vermehrung des Kapitals ist für das Unternehmertum erstes Gebot. In solcher Zeit haben die Bestrebungen der Gewerkschaften Aussicht auf Erfolg. Sobald aber die absteigende Wellenlinie wieder beginnt, ist es mit den günstigen Kampfbedingungen der Gewerkschaften aus. Denn nun wird die Arbeitszeit wegen Arbeitsmangel verkürzt, werden Arbeiter massenhaft entlassen. Ein Meer Arbeitsloser entsteht, dessen bloßes Vorhandensein die Lage der noch beschäftigten Arbeiter ungünstig beeinflusst. Mit der Verschiebung der günstigen Kampfbedingungen auf die Seite des Unternehmertums setzt bei diesem das Streben nach rüchwärts nachrücklich ein. Es geht nunmehr zum Angriff gegen die Arbeiterklasse und Gewerkschaften über, um ihnen streitig zu machen, was sie in guter Zeit errungen hatten. Nicht nur sollen die kleineren Vorteile mit einem Federstich beseitigt werden, sondern auch die Stückpreise sollen gesenkt, Stundenlöhne verringert, die Arbeitszeit — trotz Mangel an Arbeit — verlängert werden. Vollkommen irrig ist daher die Ansicht der bürgerlichen Welt, als sei einzig und allein die Arbeiterklasse oder ihre Gewerkschaft Angreiferin auf wirtschaftlichem Kampffeld. Die Wirklichkeit lehrt etwas anderes.

Seidem es in Deutschland kapitalistische Unternehmungen gibt, sind Streiks ausgebrochen. Sie waren freilich an Zahl, Umfang und Wirkung geringfügig. In den zwanzig Jahren von 1845 bis 1865 sind in Preußen im ganzen 51 Wirtschaftskämpfe zu verzeichnen gewesen. Mit dem Fall des Sozialistengesetzes wurden die Wirtschaftskämpfe heftiger und schwerer. Zum Beispiel haben in den ersten zwei Jahren nach dem Sozialistengesetz (1890 und 1891) über viermal soviel Streiks stattgefunden, als in den vorhin genannten zwanzig Jahren, nämlich 226 Angriffstreiks und 79 Abwehrtreiks, an denen zusammen 45 000 Arbeiter beteiligt waren. Ziel dieser Kämpfe war nicht nur kürzere Arbeitszeit und höherer Verdienst; darüber hinaus sollte der Nachdruck der Fabriherrn gebrochen werden. Sollte doch das Unternehmertum niemanden, weder den Staat noch die Gewerkschaften in das Arbeitsverhältnis hineinreden lassen. Arbeiterchutzesetze und Tarifverträge waren ihm in der Seele verhaßt. Es wollte mit allen Nachmitteln den persönlichen Arbeitsvertrag beibehalten, während die Gewerkschaften den kollektiven Arbeitsvertrag erstrebten. Das Unternehmertum beantwortete die Bestrebungen der Gewerkschaften im Jahre 1900 mit nicht weniger als 42 Ausperrungen, die 787 Betriebe mit 14 000 Ausgesperrten betrafen. Aber je schärfer, rüchlicher und umfangreicher in den nun folgenden Jahren eine Ausperrung nach der anderen durchgeführt wurde, um die Gewerkschaften zu zerlegen und ihre Mitglieder müde zu machen, desto mehr wurden die Unorganisierten in die Gewerkschaften hineingetrieben und desto kräftiger setzten die Gewerkschaften ihre Angriffe fort. So war es Jahrzehnte hindurch. In guter Geschäftsjahre griffen die Gewerkschaften an, in schlechter die Arbeitgeberverbände. Daher überwogen in guten Geschäftsjahren die Angriffstreiks, in schlechten die Abwehrtreiks und Ausperrungen. In den

zwei guten Geschäftsjahren 1906 und 1907 wurden zusammen 3988 Angriffstreiks, 1911 Abwehrtreiks und 962 Ausperrungen durchgeführt. Hingegen waren in den zwei folgenden schlechten Geschäftsjahren (1908 und 1909) nur 1700 Angriffstreiks, aber 2246 Abwehrtreiks und 572 Ausperrungen zu verzeichnen.

Noch deutlicher zeigt sich der Einfluß des Geschäftsganges auf die Art der Wirtschaftskämpfe, wenn sämtliche Angriffsbewegungen (ohne und mit Arbeitseinstellungen) der schlechten Geschäftsjahre von 1908 und 1909 (sämtlichen Angriffsbewegungen der guten Geschäftsjahre von 1911 und 1912 gegenübergestellt werden. In den schlechten Geschäftsjahren 1908 und 1909 wurden insgesamt 7987 Angriffsbewegungen durchgeführt, dagegen 1911 und 1912, den guten Geschäftsjahren, 15 711. Die Zahl der Angriffsbewegungen hatte sich also in diesen beiden Jahren gegenüber den beiden Vorjahren fast verdoppelt. Die Abwehrtreiks und Ausperrungen der beiden guten Geschäftsjahre von 4458 bleiben hinter denen der beiden schlechten Geschäftsjahre mit 4646 zurück.

Im Jahre 1918 gaiten die Wirtschaftskämpfe, besonders in der Metallindustrie und im Bergbau, dem Abschluß von Tarifverträgen. Das Unternehmertum der beiden größten Industrien war durch seine Verbandsstatuten verpflichtet worden, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ dem Abschluß von Tarifverträgen zu widerstreben. In diesem Jahre wurden 1425 Angriffstreiks, 6518 Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung, ferner 899 Abwehrtreiks, 854 Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung und 460 Ausperrungen durchgeführt.

Dann kamen die Jahre des Weltkrieges. Sie bieten keine Vergleichsmöglichkeit. Erst im November 1918 fanden wir einen neuen, einen treffenden Beweis in dem damaligen Stande des Machtverhältnisses zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden. Die Volksbeauftragten verschieben in einer Kundgebung vom 12. November 1918, es werde spätestens am 1. Januar 1919 die achtstündige Höchstarbeitszeit gesetzlich festgelegt werden. Aber schon drei Tage nach der erwähnten Kundgebung schlossen die Spitzen der Unternehmerverbände mit den Gewerkschaften jene bekannte Vereinbarung, deren Punkt 9 wie folgt lautete:

„Das Höchstmäß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt.“

Die in den folgenden drei Jahren (1919/21) durchgeführten Wirtschaftskämpfe soll die folgende Zusammenstellung veranschaulichen:

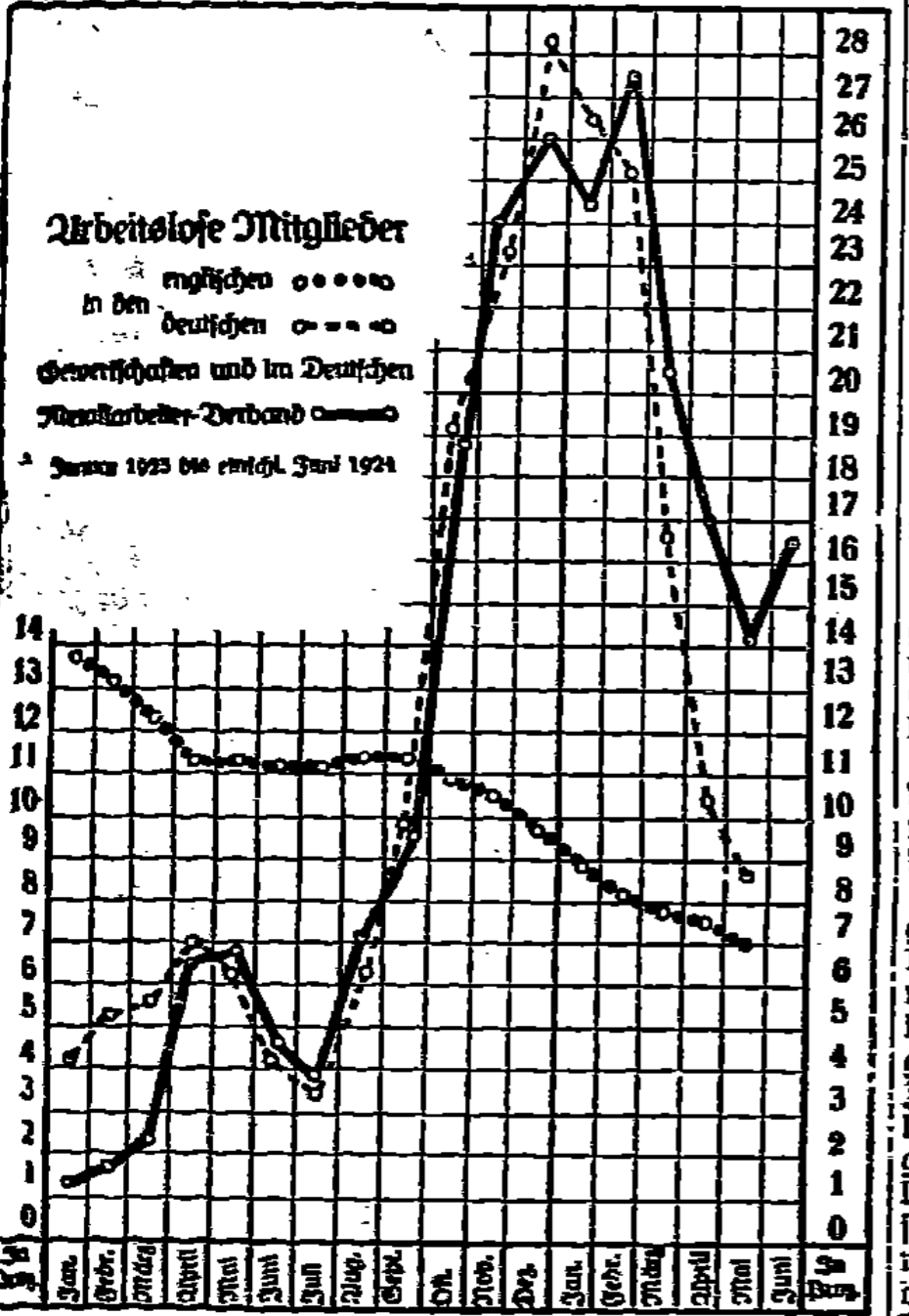
Jahr	Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung	Angriffstreiks	Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung	Abwehrtreiks	Ausperrungen
1919	22 582	9378	227	226	60
1920	52 764	4801	247	460	236
1921	49 092	4728	406	400	579

Die große Anzahl der Wirtschaftskämpfe in diesen drei Jahren erklärt sich nicht nur aus dem schon damals merklichen Verfall der deutschen Mark, sondern auch aus der nun erfolgten Beteiligung der Angestellten und Beamten, Land- und Forstarbeiter an den wirtschaftlichen Kämpfen. Diesen Gruppen war bis dahin die Teilnahme an den Wirtschaftskämpfen gesetzlich unmöglich gemacht. Erst durch Artikel 130 der neuen Reichsverfassung wurde ihnen das Koalitionsrecht gewährleistet.

In den Jahren 1922 und 1923 fanden die Wirtschaftskämpfe im Zeichen des völligen Zusammenbruchs der deutschen Währung. Eine Lohnbewegung jagte die andere, Streiks folgten auf Streiks.

Mit der Besetzung des Ruhrgebiets, die den Währungsverfall besiegelte, entstand von neuem eine ungünstige Wirtschaftslage. Das Unternehmertum wurde drifter und kühner. Die Reichstagswahlen von 1920 hatten ihm politisch günstigere Verhältnisse geschaffen. Es bereitete auf allen Gebieten den Angriff auf den Achtstundentag vor. Und als zu Anfang des Jahres 1924 nach der Neuordnung und Festigung der deutschen Währung erneuter wirtschaftlicher Niedergang eintrat, ging es zum Frontalangriff auf den Achtstundentag über. Die schweren Kämpfe um seine Erhaltung, die besonders unser Verband gegen die in Konzern zusammengefaßten mächtigen Unternehmungen der Metallindustrie geführt hat, konnten jedoch den Raub im allgemeinen nicht verhindern.

Trotz dieser betrübenden Tatsache ist Mutlosigkeit und Angeböracht. Das Gesagte zeigt, wie Günst und Ungünst der Wirtschaftsverhältnisse auf unsere Arbeiten und Kämpfe wirken. Der aufgeklärte, mit der freien Gewerkschaftsbewegung verbundenen Arbeiter lebt in der richtigen Erkenntnis, daß Arbeitszeit und Lohnbedingungen, die Verteilung des Ertrags der Arbeit zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, sich in der jetzigen Gesellschaftsordnung richten nach dem Machtverhältnis. Die Besserung der Wirtschaftslage wird zu neuen, noch schwereren Kämpfen führen. Es ist notwendig, unsere Reihen geschlossener zu halten. E. Eggerl.



Jar Bearbeitung des Arbeitsmarktes sind neben den Arbeitslosen auch die Kurzarbeiter zu berücksichtigen. Bei den eintretenden Schwankungen im Wirtschaftsleben steigt entsprechend die Zahl der Kurzarbeiter schneller als die der Arbeitslosen. Ende Mai waren in der Metallindustrie 204 196 Kurzarbeiter vorhanden. Das sind 9,4 v. H. der überhaupt erfaßten Metallarbeiter. Im Laufe des Monats Juni fiel diese Zahl (zum 14. Juni) auf 331 688, das sind 17 v. H. der erfaßten Metallarbeiter. Die Zahl der stillgelegten Betriebe betrug Ende Mai 467, Ende Juni 557, aber die davon befristeten Arbeiter nahmen ab, und zwar von 57 000 auf rund 64 500. Auf einer stillgelegten Betrieb kommen im Mai 168, im Juni 114 Arbeiter. Es handelt sich also bei den im Juni stillgelegten Betrieben hauptsächlich um kleine und mittlere Betriebe.

Das Schlußbild zeigt neben den Arbeitslosen auch für die deutschen Fachverbände und für den DRS die Arbeitslosenziffer der englischen Fachverbände. Auffallend ist die stetige Erhöhung der Arbeitslosenziffer in England seit September vorigen Jahres. Allgemein gesprochen, ist auch in England die Arbeitslosigkeit sehr hoch.

Grund und Boden darf nicht endgültig verkauft werden, denn mein ist das Land, und es wird nur Gutes von mir.

## Weltanschauung eines „Berrüchten“

„Berrüchten“ wurde nach sehr jung zum Bischof der amerikanischen Episkopal-Kirche gewählt. Während des Weltkrieges war er eine unvollständig gefüllte Stelle. Er verweilte dort wie immer geordnete Verhältnisse an. Er legte sein Amt nieder und widmete sich ganz der Arbeit des amerikanischen Verfassungskommissars, dessen Generalsekretär er jetzt ist. In dem Verfassungskomitee des internationalen Verfassungskonferenzen, das in London einberufen worden ist, eine Stelle. Er hat das Amt sehr gern, denn er ist Überzeugter, daß die Weltanschauung eines „Berrüchten“ gegeben hat.

Ich bin verriet geworden. Es ist die Tatsache, daß ich mich für gewöhnlich halte, bewirkt es, dass bekanntlich kein als Berrüchten. Ich meine immer zu ganz unorganisierten Angehörigen aus meiner vertrieben und intelligenten Vertriebenen. Die letzte Folge davon liegt auf der Hand: Wir können nur den harmlosen gemeinsamen Zusammenhängen entgegen, die jenseitige Berrüchten meines Geistes liegt nicht in irgend einer politischen Stellung. Ein Beispiel: Wer haben die Ihre gemacht, daß der Bischof ein geistiges Berrüchten ist. Meine Freunde behaupten, daß die einzige berechtigte Methode, durch welche die Berrüchten der notwendigen Güter erzeugen können, der Sozialismus ist, während ich den offenbar ganz natürlichen Gefühl habe, daß es ihrer höchsten Natur viel mehr entspricht, sie durch die Vertriebenen zu erzeugen, wenn sie sich selbst, wenn Sie nicht Japaner werden zu erziehen.

Ich fühle mich Berrüchten nicht allein in diesen Dingen. Es gibt ja auch noch die anderen. Nicht immer mehr wird eine Art Dummheit begehrt, die darauf ausgeht, uns intellektuell durch zu führen, und dieses ist ja nicht verstanden, noch der Natur jeder vernünftigen Menschen und auch ihrer Vertriebenen zu folgen.

Mein geistiger Zusammenbruch muß allmählich erfolgt sein, denn ich beginne mein Leben in einer völlig normalen Atmosphäre, in der

Familie eines Geistlichen, und wuchs auf in der Gesellschaft durchaus vernünftiger Menschen der besten Sorte. Die Jahre, die ich an der Universität Yale verbrachte, taten nichts dazu, um jene geistigen Kräfte, die ich in ganz natürlicher Weise angenommen hatte, zu zerstören. Ich erinnere mich, daß ich bei dem Antritt der Stelle 1922 eine Forderung unter die Streifen der gelben hatte, die besten Menschen ein natürliches Recht auf die besten Dinge hätten, daß die Wohlhabenheit ein Beweis menschlicher Tüchtigkeit, Strafe die einzig angemessene Behandlung von Vertriebenen sei, daß die fremden Einwanderer in der ihnen gebührenden Stellung als Arbeitskräfte zu halten seien, daß Herr und Platte die rechtmäßigen Verteidiger der Nation seien, daß die Dinge als das natürliche Spandauer aller angehenden und geborenen Leute betrachtet werden müsse — alle diese Auffassungen waren durch die Erziehung und die zeitigen geworden.

Berrüchten trat meine Reigung zum Berrüchten zum ersten Male galtig, als ich an der Hochschule war. Ich fand nämlich, als ich über meine politische Lebensarbeit nachdachte, daß ich kein Interesse an Erfolg, in der allgemeinen üblichen Auffassung des Wortes, hatte. Diese Idee, daß ich mein Leben nicht damit verbringen wollte, Dinge für mich selbst zu erwerben, schien es nun Berrüchten oder Berrüchten, begehrt, mich nicht mehr des Ansehens vom Romanen. Ich wendete mich der kritischen Gesellschaft an, als dem einzigen Ort, der mir jene alte Lebensauffassung vertrat, die ich mir wünschte. Die Aufgabe dieser Gruppe war, allgemeine anerkannter Normen, die mich immer weiter vom gebunden Denken weg und in die Gesellschaft der nicht erst zu beschwerden führen sollte, kann ich nicht in der Unwissenheit lassen. Die wahre Aufgabe scheint eher gewesen zu sein, daß ich alles, was ich damals in der Vereinigungszeit und in der Kirche über Jesus und seine Lehre gehört hatte, zu erst zu was.

Ich arbeitete gemeinsam mit einem Freunde in Utah. Wir unternehmen es, das Vertrieben und die Anwendung der christlichen Grundgedanken unter allen Vertriebenen, ob Heiden, zu ver-

breiten, statt nur zu versuchen, die Kirche zu fördern. Unsere Erfahrungen brachten uns zu der weiteren legerischen Ansicht, daß die einzige Art, seine Ideen anderen mitzuteilen, die sei, daß man ihnen, und wenn sie noch so unecht zu haben scheinen, Liebe und Vertrauen entgegenbringt, statt sie anzugreifen und Zwang auf sie auszuüben. Ein weiterer Einfluß, der mich in meiner Verirrung bestärkte, ging von dem Bischof, Sponlding aus, mit dem ich acht Jahre in Utah arbeitete. Er war verneinend genug, zu glauben, daß die von Jesus gelehrten Grundgedanken in der Industrie und in den internationalen Beziehungen nicht nur angewendet werden könnten, sondern sogar angewendet werden sollten. Dem gefährlichen Einfluß seiner starken Persönlichkeit konnte ich nicht widerstehen und erlernte mich so auch weiter von den gefundenen Ansichten, auf denen die Stabilität unserer Gesellschaftsordnung beruht. Zwar habe ich jene Freude am Leben gefunden, die ich mir erhofft hatte, aber nur auf Kosten der Achtung der rechtmäßigen denkenden Gesellschaft. Man sehe nun, zu welchen selbstamen Folgerungen mich jene abnorme Entwicklung meines Geistes geführt hat und welche Kraft dadurch zwischen den wohlgeordneten Meinungen meiner Mitbürger und den meinen entstanden ist. Nachdem ich mir einmal die Idee zu eigen gemacht hatte, daß die Grundsätze Christi auf alle Beziehungen der Menschen untereinander anzuwenden seien, ferner, daß die Lebenswirklichkeit unter diesen Grundgedanken, der unbedingte Wert der Persönlichkeit, die Notwendigkeit, die Brüderlichkeit allem anderen voranzusetzen und die Anwendung der schöpferischen Liebestrafen als einziger Weg, das Übel zu überwinden, seien, so war es einfach aus mir, als es sich darum handelte, zum Kriege in einer gebunden und normalen Weise Stellung zu nehmen. Hätte man daran gedacht, meinen Geisteszustand unterfragen zu lassen, als ich zum Nachfolger von Bischof Sponlding gewählt wurde, so wären die Schwierigkeiten für die Kirche vermieden worden, aber es fiel niemandem ein, nachzuvorsuchen, ob ich auch die richtigen Reflexe zeigte. Statt daher den Krieg als einer

### Ungarischer Brief

Infolge der Zollgemeinschaft mit Österreich mußte sich Ungarns Industrie in der Vorkriegszeit einseitig entwickeln. Sie konnte nicht umhin, sich den Wünschen des österreichischen Kapitalismus anzupassen. Die Folge war, daß sich Ungarns Eisenindustrie gewaltig entfaltete, während andererseits die Gewerbe für Bekleidung, Leder- und Textilwaren usw. in den Kinderschuhen stecken blieben. Österreich war darauf bedacht, daß Ungarns landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht an den Markt anderer Staaten kamen, sondern im Austausch gegen Industriewaren nach Österreich gelangten. Die Entfaltung der ungarischen Eisenindustrie wurde freilich auch durch die Heeresbedürfnisse mächtig gefördert. Die Befürchtung, daß „ohne die großzügige Entwicklung der Eisen- und Metallindustrie der Krieg in den ersten vierundzwanzig Stunden verloren“ sei, hieß ihre Förderung nicht zu vernachlässigen.

Durch den unglücklichen Ausgang des Krieges wurde das Gleichgewicht der ungarischen Industrie noch vollends erschüttert. Die Sieger haben dem Lande zwei Drittel des Landgebietes genommen, besenungeachtet sind 82 v. H. der Eisen- und Metallindustrie bei Ungarn verblieben. Eine im Verhältnis zu Landumfang und Bevölkerungszahl übergroße Metallindustrie ist natürlich in hohem Maße auf Ausfuhr angewiesen. Leider aber hat Ungarn durch außenpolitische Fehlschritte das Vertrauen seiner unmittelbaren Nachbarn verloren, was in einer Verminderung der Ausfuhrmöglichkeit zum Ausdruck kommt. Während die ungarische Obrigkeit die Zeit mit Verfolgung der Arbeiterschaft und politischem Schwaß verbrachte, sicherten sich Tschechien und Österreich für ihre Industrie den Markt in Polen und auf dem Balkan. Die Verteilung des inneren Marktes und der Mangel an ausländischen Absatzgebieten lähmten die ungarische Metallindustrie beträchtlich. Und wenn es hier und da einen Aufschwung gegeben, so immer nur, wenn die Krone im Sinken war, wodurch die ungarischen Erzeugnisse gegenüber denen des Auslandes billiger, wettbewerbsfähig wurden.

Dieser Stand der Dinge macht es erklärlich, daß die ungarische Eisen- und Metallindustrie eine sehr große Arbeitslosigkeit aufweist. Im Januar 1924 waren 13,3 v. H. der Eisen- und Metallarbeiter arbeitslos, bis Ende Juni d. J. erhöhte sich diese Zahl auf 31,4 v. H. In der ersten Woche des Monats Juli stieg die Zahl noch um 8,5 v. H. Da aber eine amtliche Zählung der Arbeitslosen hierzulande derzeit nicht besteht, können wir uns nur an die obigen Zahlen halten, die der Unterjochung des Eisen- und Metallarbeiterverbandes entstammen. Nach den Angaben des staatlichen Arbeitsvermittlungsamtes fallen im Landesdurchschnitt auf 100 Arbeitsstellen 130 Arbeitsuchende, während sich in Budapest durchschnittlich auf 100 Arbeitsstellen 157 Arbeitslose melden. Der ungeheure Umfang der Arbeitslosigkeit kommt charakteristisch in der Tatsache zum Ausdruck, daß sich in Budapest fast 100.000 Arbeitslose melden. Eine Reihe von Anzeichen deuten darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit noch immer nicht ihren Höhepunkt erreicht hat. Die durch die Auslandsanleihe bedingte Sanierung ist im Zuge, und wegen der daraus entstehenden Unsicherheit im Wirtschaftsleben beabsichtigen die Unternehmer der Eisen- und Metallindustrie, demnächst eine größere Anzahl von Arbeitern zu entlassen.

Dieser großen Arbeitslosigkeit gegenüber bekundet die Regierung die größte Gleichgültigkeit. In Ungarn ist eine staatliche Arbeitslosenunterstützung noch immer unbekannt, nur die Gewerkschaften bieten den Arbeitslosen gelbliche Unterstützung. Wiederholte Eingaben der Arbeiterschaft an die Regierung wurden jedesmal damit abgewiesen, daß der Staat die durch die Unterstützung der Arbeitslosen erwachsende Belastung nicht ertragen könne. Aber auch sonst könne es der Staat nicht tun, weil er durch die Unterstützung der Arbeitslosen jenen das Dasein sichert, die nicht arbeiten wollen. Solche Ansichten machen es verständlich, daß die Sozialpolitik der Regierung mit „anastisch“ bezeichnet wird.

Die ungarische Eisen- und Metallindustrie der Friedensjahre stützte sich auf den niedrigen Arbeitslohn. Das ist heute in gesteigertem Maße noch der Fall. Was Wunder, daß die Lage der ungarischen Eisen- und Metallarbeiter keine beneidenswerte ist. Von Anfang Juli 1914 bis Ende Juni 1924 sind die Preise der Bedarfsartikel auf das 19,868fache gestiegen, demgegenüber stiegen die Arbeitslöhne bloß auf das 12,361fache. Die Teuerung ist insbesondere in der Zeit von Mitte Mai bis Mitte Juni d. J. weit in die Höhe gegangen, und zwar die Lebensmittel um 16,93 v. H., sonstige Bedarfsartikel um 7,81 v. H., Heizmaterial und Beleuchtung um 5,18 v. H., die Bekleidung um 3,60 v. H., Haushaltungsartikel um 2,44 v. H. Die größte Teuerung zeigt sich also bei den Lebensmitteln, was schon deshalb sonderbar ist, daß Ungarn sozusagen als die Lebensmittelkammer Mitteleuropas betrachtet wird. Am 1. Januar 1924 betrug die innere Kaufkraft der Papierkrone noch 17,4, am 31. Mai bloß 12,6 und am 6. Juli bloß mehr 5,27 Friedensheller.

In den Jahren vor dem Kriege wurden die Arbeitslöhne durch Abkommen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber festgesetzt. In den ersten Kriegsjahren hörte dies auf, was die Arbeitgeber zum schrittweisen Herabsetzen der Löhne anspornte. Da-

demzufolge die Lohnunterschiede immer häufiger wurden, schuf die Regierung zwecks Wahrung der Kriegsnötwendigkeiten die sogenannten Beschwerdekommissionen, worin auch die Arbeiterorganisationen vertreten waren. Bei Beschwerdefällen setzte die Kommission den Arbeitslohn fest. Nach dem Kriege hörten auch diese Kommissionen zu wirken auf, und nach dem Zusammenbruch der proletarischen Diktatur erklärten die Arbeitgeber, das Recht der Lohnfestsetzung sei ausschließlich ihre Sache.

Dieser Zustand schuf hinsichtlich der Lohnhöhe einen unhaltbaren Zustand, den die Arbeiterschaft nur mittels ihrer Organisation einigermaßen bessern kann. Die parlamentarische Fraktion der sozialdemokratischen Partei hat zwecks Beseitigung der Lohnlücke der Arbeitgeber der Nationalversammlung wiederholt Vorschläge eingereicht, aber ohne Erfolg. Die Fraktion hat die Einsetzung von Lohnneigungsämtern und die Errichtung von Arbeiterkammern beantragt, auch das wurde jedesmal, wenn es der vertretende Fraktionsminister verlangte, von der Mehrheit der Nationalversammlung verworfen. Die Regierung ändert und erhöht die Gehälter der Staatsbeamten auf Grund des jeweiligen Feuerungsindex, aber es fehlt ihr der Mut dazu, die indermäßige Entlohnung auch für die private Lohnarbeiterchaft anzuordnen. Neulich wurden sogar Verfügungen getroffen, die den Arbeiter noch mehr der Willkür des Arbeitgebers ausliefern. Ein Abschnitt des jetzt in der Nationalversammlung zur Verhandlung stehenden sogenannten Ordnungsgesetzes betrifft das Arbeitsverhältnis der Arbeiter in öffentlichen Betrieben. Diesen Arbeitern wird unter Strafandrohung die Teilnahme an einem Streik verboten. Demgegenüber können die Arbeitgeber die Arbeiter jederzeit ungestraft aussperren. Welche Betriebe als öffentliche Betriebe zu gelten haben, wird durch die hierzu berufenen Behörden von Fall zu Fall festgesetzt. Im Endergebnis bedeutet dies, daß von jedem einzelnen Betrieb gesagt werden kann, er sei ein öffentlicher.

Die Wirtschaftslage Ungarns kann derzeit wie folgt aufgestellt werden: Dem mittelalterlichen Vereins- und Versammlungsrecht, der strengen behördlichen Überwachung der Gewerkschaften, der uneingeschränkten Ausbeutungsfreiheit des Unternehmertums und der großen Arbeitslosigkeit gegenüber steht der vollständige Mangel an sozialpolitischem Gefühl, der volle Bankrott der praktischen und sozialpolitischen Gesetzgebung, die wissentliche Bevorzugung des Vorteils der Arbeitgeber gegenüber den Notwendigkeiten der Arbeiterschaft.

### Ford baut ein Werk in England

Daß es dem amerikanischen Autokönig nicht leicht gemacht wird, sich in England festzusetzen, lassen verschiedene Notizen annehmen, die wir in angelegentlichen Blättern fanden. Nunmehr aber scheinen die Schwierigkeiten und Bedenken überwunden zu sein. Die Daily News bringt die von Fords englischen Vertreter kommende Kunde, daß in Dagenham an der Themse, sozusagen vor Londons Toren, Land gekauft worden ist, um hier ein Werk zu errichten, das 10.000 neuen Arbeitsplatzplätze bietet und täglich 500 Autos fertigt. Daß es dem neuen Unternehmen an tüchtigen Arbeitern nicht fehlen wird und auch nicht an Käufern, dafür bürgen Fords Geschäftsrundzüge, die da lauten: höchstmögliche Lohn und kürzeste Arbeitszeit, um billiger zu produzieren und billiger zu verkaufen zu können.

Daß die englischen Fabrikanten im allgemeinen und die Autofabrikanten im besonderen von der Kunde entzückt seien, ist nicht gerade anzunehmen. Ihnen fällt der Plan auf die Nerven mit seinen verrätterlichen Grundgedanken. Anstatt daß sich Ford mit dem guten, ruhliebenden Fabrikanten verbindet, um gemeinsam Arbeiterschaft und Kundenschaft zu scharren, predigt der Herr kurze Arbeitszeit, hohe Löhne und niedrige Verkaufspreise. So was ist einfach anfangbar für den europäischen Ausbeuter. Und das schlimmste ist, daß der Herr einen Erfolg hat, um den ihn alle Welt beneidet. Wer weiß, was er noch im stichlichen England für Unheil anrichtet! Womöglich kommt es da so wie in Amerika, wo Arbeiter und Verbraucher Ford erlauben, an ihrem Ort doch auch eine Fabrik zu errichten, um den anmaßlichen Fabrikanten die Rüstständigkeit auszutreiben oder, noch besser, sie auszuräuchern. Denn Unternehmer, die heute noch nach vormärzlichen Grundgedanken arbeiten, verdienen zum Teufel gebracht zu werden. In all das mögen die englischen Fabrikanten denken. Sie mögen befürchten, daß Fords besternder Einfluß nicht bei der Verhandlung und Bezahlung der Arbeiter stehen bleibt, sondern sich auch bei der Preisbildung bemerkbar macht.

Indem Ford auf englischem Boden als Erzeuger festen Fuß faßt, rückt er natürlich auch den deutschen Autofabrikanten näher auf den Hals. Wollen diese den gefährlichen Wettbewerber abwehren, dann müssen sie ihn mit den Mitteln seines geschäftlichen Erfolges zu schlagen versuchen, nämlich, sie müssen die Vergewandung von Kraft und Stoff unterbinden, die überreichliche Zahl ihrer Typen vermindern, dann und vor allem die Schaffenslust ihrer Arbeiter durch viel bessere Bezahlung und anständiger Behandlung zu steigern trachten, um bedeutend billiger zu erzeugen und verkaufen zu können.

### Moskau und Internationales Arbeitsamt

Die kommunistische Internationale ist bekanntlich nicht gut auf das Internationale Arbeitsamt in Genf zu sprechen. Es verheißt kaum ein Tag, wo nicht ein kommunistisches Blatt das Arbeitsamt, seinen Direktor, seine Tätigkeit und seinen Zweck mit Anwürfen bedient. Für die Kommunisten hat, um ein deutsches kommunistisches Blatt aus den letzten Tagen zu zitieren, das Arbeitsamt „den Zweck, die besten Reichthümer ausfindig zu machen, wie die kapitalistische Wirtschaft erhalten und vor Gefahren geschützt und wie das Proletariat am besten unter Vorpiegelung allerlei schöner Resolutionen... über Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen vom revolutionären Klassenkampf“

lichen Bezirken. Es gibt Bezirke, die nur 75 bis 100 Kilometer von der Gouvernementsstadt entfernt sind, in die aber noch kein einziges Mal ein Beamter des Volksbildungs-Kommissariats geraten ist. Was in diesen Bezirken vor sich geht, zwingt uns zu der Feststellung, daß das Werk der Volksbildung im Dorfe sich in einem fürchterlichen Zustande befindet.“

Die Untersuchung im Gouvernements Penja ergab zahlreiche Beispiele, wo Lehrer trotz ihrer antilegalen Einstellung gezwungen waren, das Amt von Piktalleiern am Sarge der Verstorbenen zu übernehmen, um nicht Hungers sterben zu müssen. Die allgemeine Regel ist hier, daß der Lehrer im Sommer sich als gewöhnlicher Arbeiter beim Dorfwohler verdient, sich in der Heimindustrie beschäftigt oder im besten Falle, wenn er aus der örtlichen Bauernschaft stammt, seine eigene Landwirtschaft betreibt. Die Bauern haben eine heftige Abneigung gegen die ihnen aufgezwungenen Beschäftigungsverträge und richten ihren Haß häufig gegen die Lehrer selbst.

abgehalten werden kann.“ Daß man eine dermaßen schädliche, hinterlistige, reaktionäre Einrichtung meldet, mit ihr keinerlei Beziehung pflegt, wird jedermann von den Kommunisten als etwas ganz Selbstverständliches erwarten. Allein, es ist dies nicht der Fall. Im neuesten Bericht des Direktors des Arbeitsamtes lesen wir in dem Kapitel: Die Beziehungen mit Rußland, daß 18 amtliche sowjetrussische Organisationen mit dem Arbeitsamt in regelmäßigen Austausch von Schriften und Berichten stehen, unter anderem das Kommissariat der Arbeit, das der Justiz, der Finanzen, das Amt der Sozialversicherung, die Kommunalverwaltung von Moskau, das Kommissariat des Innern. Neben den Regierungsstellen finden wir wirtschaftliche und genossenschaftliche Körperlichkeiten bezeichnet. Sich auf dieses Verhältnis zwischen Moskau und Arbeitsamt einen Reim zu machen, ist schwer in Anbetracht der Äußerungen der kommunistischen Presse. Entweder ist das Arbeitsamt besser, als die kommunistische Presse behauptet, oder aber... Sich über diese Sache klar zu werden, kommt, wie wir meinen, eher den kommunistischen Arbeitern zu.

### Arbeiterregierungen in Australien und die Einwanderung

Vor einem Jahr gab es nur in Queensland eine Arbeiterregierung, durch die seitdem stattgehabten Wahlen sind aber noch in drei anderen Gliedstaaten des australischen Staatenbundes (Commonwealth), Tasmanien, Südaustralien und Westaustralien, Arbeiterregierungen ans Licht gelangt. In den letzteren zwei Gliedstaaten haben die Wahlen erst vor einigen Wochen stattgefunden. Auch im Staatenbund selbst wie im Gliedstaat Neuseeland wird eine Arbeitermehrheit bei den nächsten Wahlen erwartet. Die Bestrebung der Arbeiterpartei in Australien war bisher auf die Einführung sozialpolitischer Maßnahmen für die Industriearbeiter gerichtet. In der Tat hatten sie auf diesem Gebiet sehr viel erreicht und dienen sozialpolitischen Gesetzgebungen Europas vielfach zum Muster. Allerdings haben sie hohe, die Lebenshaltung sehr verteuern Industriezuschüsse mit in den Kauf genommen. Auch betreiben sie eine sehr konterwärtige Auswanderungspolitik, die nicht nur die gelben Rassen, sondern auch die weißen zurückzuführen sucht. Ebenso waren die Arbeiterparteien als Vertreter der Industriearbeiter in bezug auf die Probleme der Landwirtschaft untätig und haben für eine durchgreifende Bodenreform, die Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die kleinen Landwirte, die in Folge der Sperrung des Landes durch den Großbesitz nur sehr schwer zu brauchbarem Boden gelangen können, nichts geleistet. Jetzt soll aber, wie der englische „Economist“ und die amerikanische Zeitschrift „The Nation“ berichten, eine radikale Wandlung in der Politik und Auffassung der Arbeiterparteien eingetreten sein. Sie planen eine Vermögensabgabe, außerdem aber eine Erhöhung der direkten Steuern, auch sind sie jetzt in der Frage der Einwanderung und der Agrarreform nicht mehr so zurückhaltend wie bisher. Sie wollen die Einwanderung, wenn auch nicht der gelben Rassen, so wenigstens für die Weissen aus allen europäischen Ländern, dessen Gebiet ebenso groß ist wie das der Vereinigten Staaten, dessen Bevölkerungszahl aber nur ein Bruchteil der letzteren ausmacht — weniger als 6 Millionen gegenüber 120 Millionen der Vereinigten Staaten — und dessen Boden im Vergleich zu dem der Vereinigten Staaten nur zu 1 v. H. bebaut ist, dringend der Einwanderung bedarf, hat sich bei der Arbeiterpartei Bahn gebrochen. Zwischen 1910 und 1914 betrug die Zahl der Einwanderer 300 000, während derselben Zeit wanderten 5 Millionen Leute nach den Vereinigten Staaten aus. Auch sollen die Arbeiterparteien den Weg zu den kleinen Landwirten, mit denen sie ursprünglich zusammenwirkten, zurückzuführen haben und nun bereit sein, die Aufteilung des Bodens in die Wege zu leiten.

Der Stand des Schiffbaus am 30. Juni 1924. Laut Lloyds Register Shipbuilding Returns waren am 30. Juni 1924 in England und Irland 1516 746 Tonnen Schiffe im Bau, was auch noch nach Abzug von 52 000 Tonnen, bei denen die Arbeit unterbrochen ist, die höchste Schiffbaugiffer seit März 1922 bedeutet. In den zwölf Monaten, die dem Kriegsausbruch unmittelbar vorausgingen, war die entsprechende Durchschnittszahl 1 800 000 Tonnen. Eine beträchtliche Zunahme ist in der im zweiten Quartal 1924 neu in Arbeit genommenen Tonnage zu verzeichnen. Sie beträgt 376 210 Tonnen gegenüber 227 786 Tonnen im ersten Quartal 1924. Von der am 30. Juni in Arbeit befindlichen Gesamttonnage waren 355 590 Tonnen Motorschiffe, was 31 v. H. der im Bau befindlichen Dampfschifftonnage entspricht.

In den übrigen Ländern waren insgesamt 1 100 151 Tonnen im Bau. Davon ist bei 140 000 Tonnen die Arbeit eingestellt. Die hauptsächlichsten Länder sind wie folgt an dem Schiffbau beteiligt: Deutschland mit 340 749 Tonnen, Frankreich mit 144 240, Italien mit 127 772, Vereinigte Staaten mit 103 665 und Holland mit 96 453 Tonnen.

### Amerikanisches

Die Reaktion in Amerika zeichnete sich in neuester Zeit durch einen Protest gegen das Verhalten der Raad School of Social Science aus, die die Flagge beim Tode Lenins auf Halbmast setzte, was als „unamerikanisch“ gebrandmarkt wird, ferner durch folgenden Ausspruch des bekannten amerikanischen Staatsmannes W. J. Bryan: „Eines Tages wird es geschehene Behörden geben, die ein Gesetz annehmen werden, demnach kein staatlich bezahlter Lehrer die Theorien der Evolution lehren darf, die die Blutsverwandtschaft des Menschen mit dem Tiere zur Grundlage haben.“

### Gewerkschaftszeitung

Wochenblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Lehrreich für jeden Arbeiter und Angehörigen. Monatlich 40 Pfg. Probenummern kostenlos bei der Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S. 14, Inselstraße 6.

Kreuzung aufzuweisen, in den wir begeistert gegangen waren, um Recht und Gerechtigkeit in der Welt herbeizuführen, der dann die Verleumdung alles dessen war, was Christus gelehrt hat, konnte ich ihn bloß als eine Rückkehr zur Barbarei und eine Verwerfung von Christi Lehre ansehen. Und selbst heute noch — so fix ist jene Selbsteinstellung geworden — bin ich außerstande, das Recht und die Gerechtigkeit zu erkennen, die er kämpft worden sind, oder auch nur die Tatsache, daß der Krieg beendet worden sei!

Wie gesagt, all dies kommt wohl daher, daß ich die Lehre Christi nicht zu ernt nehmen. Wenn man bedenkt, wie viele Bibeln jährlich verteilt werden, so muß man sich wundern, daß nicht mehr Schaden am Geisteszustand der menschlichen Familie angerichtet wird. Bieleicht werden wir vor dieser Gefahr dadurch bewahrt, daß diese dieser Bibeln nicht gelesen werden, und auch durch die sorgfältige Belehrung, die den meisten, die sie lesen, gegeben wird, daß dies heilige Schrift sei und daher von allem weltlichen und unheiligen Gebrauch ferngehalten werden müsse.

Der Frankf. Beig. mitgeteilt von Billy Dubois-Raymond.

### Der Bildungsstand des russischen Dorfes

Auf dem letzten Kongreß der kommunistischen Partei Rußlands berichtete Kruupskaja (Zemins Frau) folgendes:

„Im Januar und Februar dieses Jahres unternahm das Volkskommissariat für Volksbildung eine Untersuchung in einer Reihe von Bezirken, die aus sieben verschiedenen Gouvernements ausgewählt wurden, und zwar aus den Gouvernements Pflow, Homel, Aschow, Penja, Ural, Saratow und dem Tschuwaschgebiet. Die hierzu bestimmten Kommissionen besuchten ein Dorf nach dem anderen, gingen von einer Gölle in die andere. Die in sieben großen Ländern niedergelegten Ergebnisse dieser Untersuchung liefern ein niederdrückendes Bild des Standes der Volksbildung in den länd-

Ein weiterer Uebelstand ist die traurige Lage der armeren Schichten. Aus allen Bezirken geht hervor, daß die Kinder der armeren Bauern die Schulen nicht besuchen, weil sie weder Kleider noch Schulzeug haben. Die reichen Bauern finden immer die Möglichkeit, ihre Kinder auch außerhalb der Schule unterrichten zu lassen, aber für die Kinder der ärmeren Bauern besetzen die Schulen gleichsam nicht. Besonders gering ist der Besuch der Mädchen in den Dorfschulen. Im Gouvernements Penja gibt es Dörfer, wo seit zehn Jahren kein einziges Mädchen die Schule besucht hat. Frau Kruupskaja erklärte hierzu wörtlich: „Wir sprechen von dem Verschwinden des Analphabetentums und wenden für diesen Zweck viel Kraft auf. Aber dennoch nimmt das Analphabetentum immer mehr zu, und es hat jetzt einen ungeheuren Umfang erreicht. Es wächst mit jedem Tage, weil die Kinder und Jugendlichen ohne Kenntnis des Lesens und Schreibens aufwachsen.“

Eine weitere bezeichnende Erscheinung, auf die Frau Kruupskaja in ihrem Bericht hinweist, ist der ungeheure Rückgang der Zeitungs- und Schriftverbreitung auf dem flachen Lande. Im Gouvernements Saratow gibt es Bezirke, in denen im Jahre 1910 Anzeigen revolutionärer Schriften verbreitet wurden, wo aber jetzt, in Dörfern mit etwa 300 Einwohnern keine gedruckte Zeile zu finden ist. Wo bleiben aber alle hierher gesandten Schriften? Die Antwort ergibt sich aus folgenden Tatsachen: In einem Dorfe des Gouvernements Saratow besuchte der Sekretär des Dorfvorstands im Sommer die Schulräume besuchte, die Schulbesitzer zu zeigen des Offens, so daß die Schule von allen Lehrbüchern entleert wurde. Die Zeitungen, die in das Dorf gelangen, werden für Zigaretten aufgebraucht. In einem benachbarten Dorfe wurden vor der Revolution 50 Zeitungen bezogen, gegenwärtig befindet sich das Dorf in weit besseren Verhältnissen als viele andere Dörfer, bezieht aber bloß zwei Zeitungen.

